

# Die Stadt soll sparen – aber an welcher Stelle?

Haushalt 2011: Auflagen des Innenministeriums lösen Diskussionen um Prioritäten aus

**Kiel.** Die Auflage des Innenministeriums, den Kieler Haushalt 2011 wie berichtet nur zu genehmigen, indem die Kredite der Stadt von 55,8 auf 30 Millionen Euro reduziert werden, bestätigt die Opposition in ihrer Kritik an der Haushaltspolitik der Ratskooperation: „Wenn das Land am finanziellen Abgrund steht, muss auch die Stadt Kiel am Sparen teilnehmen und kann nicht zusätzliche Unterstützung des Landes erwarten“, so CDU-Kreisparteichef Thomas Stritzl. Die Kooperationsparteien halten dagegen.

Von Boris Geißler

Für Stritzl ist das „Spardiktat des Landes sehr hart ausgefallen“. Nun seien Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) und die Kooperation im Rat gefordert, das wirkliche Notwendige für die Menschen in der Stadt in den Mittelpunkt rücken.

Kiels FDP-Ratsfraktionsschef Helmut Landsiedel erinnert daran, dass das Land der Stadt schon „im vergan-

genen Jahr unbefriedigende Haushaltskonsolidierung attestiert“ habe. Albig und die Kooperation „sind mit der finanzpolitischen Gießkanne durch die Stadt gelaufen und haben den guten Onkel gespielt“. Es sei nur eine Zeitfrage gewesen, bis das Land und auf die Bremse getreten habe. Damit sei „die sozialdemokratische Haushaltspolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte gescheitert.“

Die Spitzen der Kooperati-

on, Gesa Langfeld (SPD), Katja Günther (Grüne) und Antje Danker (SSW) erklärten dagegen, sich erläutern lassen zu wollen, warum Kiel „trotz seiner auch vom Land anerkannten Spar- und Konsolidierungsbemühungen“ restriktiver als Lübeck behandelt werde. „Für eine erste politische Sondierung und Stellungnahme der Verwaltung haben wir eine Aktuelle Stunde für die kommende Ratsversammlung beantragt“, so die Kooperation, es gehe um den Erhalt öffentlichen Vermögens und künftige Ausgabeneinsparungen, nicht um „sinn- und orientierungsloses Kaputtsparen und dauerhafte Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich.“ Für SPD-Kreisvorsitzenden Rolf Fischer hat das Land massiv „ein weiteres Mal gegen Kiel entschieden“.

Offenbar werde die Politik gegen die Städte fortgesetzt. Zwar habe auch die SPD mit Abstrichen gerechnet, die Höhe aber sei nicht nachzuvollziehen, zumal „wir eine vorausschauende Investitionsplanung haben.“

Für CDU-Ratsfraktionsschef Stefan Kruber kamen die Einschnitte „nicht unerwartet.“ Albig und die Ratsmehrheit „erweckten stets den Eindruck, alle Wünsche könnten erfüllt werden.“ Planungen wie die der Regionalen Bildungszentren seien kostenmäßig aufgebläht, „irreale Projekte wie die Stadt-Regionalbahn oder der Blau-milchkanal“ dürften nicht weiter verfolgt werden. „Möglichkeiten privater Finanzierung sind jetzt verstärkt zu nutzen.“ Nun kommen „äußerst harte Einschnitte auf die Stadt zu.“